



Plateforme des Juifs Libéraux de Suisse PJLS • Plattform der Liberalen Juden der Schweiz PLJS

PLATTFORM DER LIBERALEN JUDEN DER SCHWEIZ PLJS

NEWSLETTER WINTER 2010



EDITORIAL



DAS KONVERSIONSGESETZ KÖNNTE ZU EINER TIEFEN KLUFT IM JÜDISCHEN VOLKE FÜHREN

Die israelische Partei Israel Beitenu um Avigdor Lieberman hat einen Gesetzesentwurf vorgelegt, demzufolge einzig und allein das Oberrabbinat Israels berechtigt wäre, Übertritten zum Judentum zuzustimmen. Dies bedeutet, dass im Ausland vollzogene Konversionen nicht anerkannt würden, wenn die Übertritte von Reform-Rabbinern bzw. Rabbiner der „konservativen“ Bewegung durchgeführt werden. Diese von den orthodoxen Parteien unterstützte Gesetzesvorlage würde dazu führen, dass 85 % aller Konversionen der Diaspora nicht anerkannt würden!

Schon heute haben sich zahlreiche religiöse Zeichen in Israel gewandelt und nicht alle im Ausland vollzogenen Konversionen werden in Israel anerkannt. Menschen, die eine Alija beabsichtigen, müssen daher bereits heute vorsichtig sein.

Die PLJS hat in einem Schreiben an Premierminister Netanjahu ausgedrückt, dass die Unterscheidung zwischen denjenigen, die als Juden geboren wurden, und denjenigen, die einen Übertritt vollzogen haben, inakzeptabel ist.

Weiter heisst es in dem Schreiben, dass Israel auf nationaler wie internationaler Ebene zahlreichen Herausforderungen gegenübersteht. Die PLJS unterstützt den Wunsch nach einem sicheren, in Frieden lebenden Staat. Dennoch sind wir der Ansicht, dass diese Gesetzesvorlage global gesehen – ob weltlich oder religiös – eine negative Botschaft aussendet.

Premierminister Netanjahu hat auf unser Schreiben reagiert und uns mitgeteilt, dass er diesen Gesetzesentwurf nicht unterstützen werde, weil er eine Kluft im jüdischen Volk herbeiführen könnte. Diese Aussage wiederholte er anschliessend auch in der Knesset. Die politische Brisanz des Gesetzesentwurfs wurde noch deutlicher, als Oberrabbiner Amar und Minister Eli Jischai daraufhin erklärten, sie würden die Auflösung der Koalition und den Rückzug der ultraorthodoxen Parteien aus der Regierung veranlassen, falls das Gesetz nicht verabschiedet würde.

Das Ziel der liberalen Juden ist, dass der religiöse Pluralismus mit der Demokratie des Staates Israel vereinbar sein muss. Die Religionsfreiheit ist ein Privileg. Wir können der Idee nichts abgewinnen, dass Konversionen per Gesetz ausschliesslich einem einzigen, radikalen Organ überlassen werden. Wir befürchten, dass die Radikalisierung Israels auf diese Weise noch weiter zunimmt und Israel in den Augen der westlichen atheistischen Welt zu einem Staat mutiert, der ähnlich seiner Nachbarstaaten, zwischen Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit und Staat nicht zu unterscheiden vermag.

Rabbiner David Saperstein, Direktor des *Religious Action Center of Reform Judaism* in Washington, zufolge, würde dieses Gesetz zu einer zentralen Krise führen und wäre ein umfassender Angriff auf die Einheit der Juden und das Prinzip der Religionsfreiheit in Israel.

Auf den vorübergehenden Rückzug des Gesetzes folgte unmittelbar die Ankündigung eines neuen Gesetzes zur Staatsbürgerschaft, was selbst innerhalb der Regierung zu starken Kontroversen führt.

Ariel Sharon sagte einst, dass wir alle Juden seien, mit der jüdischen Tradition tief verwurzelt. „Wenn wir den gesamten Konversionsprozess durchlaufen müssten, so wären wir alle daran gescheitert“, fügte er damals an.

Jean-Marc Brunschwig, Vize-Präsident PLJS

FEEDBACK AUF PLJS-NEWSLETTER

Der PLJS-Newsletter erscheint jeweils in einer Auflage von 5000 Exemplaren. Die Rückmeldungen zum Newsletter aus dem In- und Ausland sind durchwegs positiv. Sowohl Gemeindemitglieder, zahlreiche Institution aber auch Politiker schätzen diese Form der Information.

TREFFEN MIT BUNDESRÄTIN MICHELINE CALMY-REY

Die Delegation, bestehend aus Vertretern der PLJS, SIG und der Gesellschaft Schweiz-Israel, traf Aussenministerin Calmy-Rey am 20. August in Bern. Insbesondere diskutiert wurden die Verbesserungsmöglichkeiten der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Israel, die Haltung der offiziellen Schweiz zu Boykottbestrebungen israelischer Produkte sowie die Geiselhaft des israelischen Soldaten Gilad Shalit. Gemäss Calmy-Rey sieht das Aussenministerium keine Möglichkeit, bezüglich Shalits Freilassung Hilfe zu leisten, solange Israel der Schweiz kein Mandat überträgt oder offiziell anfragt. Auch der bisher dem Roten Kreuz verwehrt Zugang zu Shalit wurde angesprochen. Betreffend gewissen, auch in der Schweiz herrschenden Boykottbestrebungen israelischer Produkte, habe das EDA, so die Aussenministerin, keinen Handlungsspielraum, da das Ministerium keinen Einfluss auf NGOs oder kirchliche Organisationen habe.

GESPRÄCHE MIT DER SCHWEIZER BISCHOFSKONFERENZ (SBK) UND DEM SCHWEIZERISCHEN EVANGELISCHEN KIRCHENBUND (SEK)

Hauptgrund für die Treffen der jüdischen Verbände mit der SBK und der SEK war die Unterstützung der kirchlichen Hilfswerke HEKS und Caritas der Veranstaltung „Menschenrechte zuerst!“ im Mai 2010. Dort waren u.a. Boykottbestrebungen israelischer Produkte diskutiert worden. Im Gespräch mit SBK-Präsident Bischof Norbert Brunner versuchten PLJS-Präsidentin Nicole Poëll und SIG-Präsident Herbert Winter die Sicht der jüdischen Bevölkerung auf die Geschehnisse zu schildern. Die Kirche, so Winter, sollte für Ausgewogenheit im israelisch-palästinensischen Konflikt sorgen und nicht einseitige Boykottbestrebungen fördern. Zudem solle die katholische Basis vermehrt auf die Problematik Nahostkonflikt/Antisemitismus in der Schweiz hingewiesen und sensibilisiert werden. Dieses Anliegen wurde von der SBK bereits aufgenommen.

Die PLJS und SIG konnten in einem SBK-Communiqué vom 8. September 2010 mit Genugtuung von den Äusserungen Kenntnis nehmen, dass der Zusammenhang von Ereignissen im Nahen Osten und antisemitischer Auswirkungen auf die jüdische Bevölkerung in der Schweiz bedauert wird.

SIG-Präsident Winter betonte im Gespräch mit der SEK, dass SIG und PLJS nicht das Sprachrohr Israels seien, jedoch dann aktiv werden, wenn das Existenzrechts Israels in Frage gestellt, Israel als einziger „Täter“ dargestellt oder gar Schweizer Juden für die Geschehnisse in Nahost verantwortlich gemacht würden. Seitens SEK wurde der neue Artikel in der Kirchenordnung des evangelisch-reformierten Synodalverbandes Bern Jura Solothurn erwähnt, in welchem auf die besondere Beziehung der Kirche zum Judentum hingewiesen wird. PLJS und SIG wünschten sich abschliessend von beiden Kirchen etwas mehr Sensibilität, sowie allenfalls eine Einladung zu einer Veranstaltung zum Thema Israel/Palästina, um die Auswirkungen des Nahostkonflikts auf die hiesigen Juden darlegen zu können.

POLITISCHE GESPRÄCHE MIT VERSCHIEDENEN PARTEIEN



Die PLJS und der SIG haben sich mit Vertretern/Nationalräten der Grünen Partei und der SP getroffen. Gesprächsthemen waren sowohl die Auswirkungen der Minarettverbot-Abstimmung, Antisemitismus in der Schweiz als auch die Stellung der Parteien zum Nahostkonflikt.

GRÜNE PARTEI SCHWEIZ – PLJS/SIG

Ende Mai trafen sich Vertreter der Grünen Partei Schweiz (Präsident und NR Ueli Leuenberger, SR Luc Recordon, NR Jo Lang, NR Geri Müller, NR Francine John-Calame und Co-Generalsekretär Jann Golay) mit einer Delegation bestehend aus PLJS Vorstandsmitglied Eve Gobbi-Glücksman, Generalsekretärin Susi Saitowitz, SIG-Präsident Herbert Winter, Vizepräsidentin Sabine Simkhovitch-Dreyfus und Generalsekretär Jonathan Kreutner.

Jo Lang äusserte vorab seine Erleichterung über die klare Stellungnahme von PLJS und SIG gegen das Minarettverbot.

Zum Thema „Antisemitismus in der Schweiz“ äusserte sich Simkhovitch-Dreyfus. Gemäss einem SIG-Bericht seien die antisemitischen Vorfälle im Jahr 2009 angestiegen. Zurückgeführt werde dieser Anstieg auf den Nahostkonflikt und auf die Vermischung zwischen dem israelischen Staat und den Schweizer Juden. Die Gesprächspartner der Partei unterstrichen ihre Bemühungen zu kommunizieren, dass die Schweizer Juden nicht für die israelische Politik verantwortlich seien, sie ergänzten aber auch, dass nicht jede Israelkritik als antisemitische Äusserung verstanden werden dürfe. Klar ist seitens der Grünen, so ein Fazit des Treffens, dass das Existenzrechts Israels nicht in Frage gestellt wird. Die Grünen fordern grundsätzlich, dass die Schweiz die Rüstungszusammenarbeit mit allen Ländern im Nahen Osten beendet, nicht nur mit Israel.

Die Vertreter der Grünen Partei waren zudem der Auffassung, dass die Wahrnehmung falsch sei, dass die Grünen lediglich Israel kritisieren würden.

SP SCHWEIZ – PLJS/SIG

Mitte September trafen sich SP-Nationalrat Mario Fehr, NR Carlo Sommaruga, NR Andrea Hämmerle, Peter Hug und SP-Generalsekretär Thomas Christen mit einer jüdischen Delegation bestehend aus PLJS-Präsidentin Nicole Poëll, PLJS-Generalsekretärin Susi Saitowitz, SIG-Präsident Herbert Winter und SIG-Vizepräsidentin Sabine Simkhovitch-Dreyfus.

Diskutiert wurde die aktuelle Politik im Bezug auf Minderheiten in der Schweiz. Aus der Sicht der beiden Verbände sind die Schweizer Juden gut integriert und erachten es daher u.a. als ihre Aufgabe, andere Minderheiten in der Integration zu unterstützen. Um der Erstarkung nationalistischer Gruppen und dem herrschenden Antiislamismus den Wind aus den Segeln zu nehmen, müsse die Politik klare Positionen beziehen, erläuterte Nationalrat Mario Fehr.

Das Positionspapier der SP-Fraktion zum Nahostkonflikt wurde anschliessend kontrovers diskutiert. Es ging unter anderem um die Verurteilung von Israel betreffend der „Hilfsgüter“ Flotilla. Nicole Poëll betonte, dass die beiden Dachorganisationen keine Stellung zur Politik Israels nehmen, da sie die Situation als nicht am Ort Lebende nicht wirklich beurteilen wollen, aber auch weil in der jüdischen Bevölkerung die unterschiedlichsten Meinungen zum Nahostkonflikt herrschen. Carlo Sommaruga erachtete das Positionspapier insgesamt als gelungen, auch wenn er einräumen musste, dass Untersuchungen zu Missständen auf der palästinensischen Seite fehlten. Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass dieser Gedankenaustausch sehr wertvoll sei und auch zukünftig stattfinden solle.

SYMPATHISANT DER PLJS WERDEN

Falls Sie nicht Mitglied der CILG-GIL oder JLG sind, können Sie sich als Sympathisant bei der PLJS einschreiben.

Beachten Sie dazu das **elektronische Anmeldeformular** auf unserer Website www.liberaljews.ch oder wenden Sie sich telefonisch an unser Generalsekretariat unter

Tel.: 043 / 322 03 14 oder per E-Mail an office@liberaljews.ch. Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung!

